

BUNDESGERICHTSHOF

BESCHLUSS

III ZR 189/87

in dem Rechtsstreit

K[REDACTED]-Verwaltungs GmbH,
vertreten durch die Geschäftsführerin Marion Kl[REDACTED],
Im S[REDACTED], G[REDACTED],

Klägerin und Revisionsklägerin,

- Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. [REDACTED] und
[REDACTED] -

g e g e n

den Zahnarzt Dr. Volker S[REDACTED],
I[REDACTED]straße [REDACTED], B[REDACTED],

Beklagten und Revisionsbeklagten,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Frhr. v. [REDACTED] -

WIII

Der III. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat durch den
Vorsitzenden Richter Dr. Krohn und die Richter Kröner,
Dr. Halstenberg, Dr. Werp und Dr. Rinne

am 14. Juli 1988

gemäß § 554 b Abs. 1 ZPO in der Auslegung durch das
Bundesverfassungsgericht (Beschluß vom 11. Juni 1980
- 1 PBvU 1/79 - NJW 1981, 39)

beschlossen:

Die Revision der Klägerin gegen das
Urteil des 2. Zivilsenats des
Kammergerichts vom 21. Mai 1987
- 2 U 4666/86 - wird nicht angenommen.

Die Klägerin trägt die Kosten des
Revisionsverfahrens (§ 97 Abs. 1 ZPO).

Streitwert: 124.801,94 DM.

G r ü n d e :

Grundsätzliche Bedeutung kommt der Sache nicht zu.
Das Rechtsmittel hat auch im Ergebnis keine Aussicht auf
Erfolg.

1. Materiellrechtlich ist die Anwendung des § 138 Abs. 1 BGB nicht zu beanstanden. Mit Recht hat das Berufungsgericht es als sittenwidrig angesehen, wenn ein Zedent mit der Abtretung nicht nur seine Gläubiger benachteiligen will (vgl. BGH Urteil v. 9. Juli 1987 - IX ZR 89/86 = BGHR BGB § 138 Abs. 1 - Gläubigerbenachteiligung 1 -), sondern darüber hinaus die Absicht verfolgt, den Schuldner zu schädigen, indem er ihm durch die Abtretung das Recht abschneidet, sich auf Gegenansprüche zu berufen, die erst nach der abgetretenen Forderung fällig werden (vgl. § 406 BGB; BGHZ 58, 327, 330/331; zur Fälligkeit vgl. Senatsurteil vom 7. November 1985 - III ZR 142/84 = NJW 1986, 978, 979).

2. Die Tatsachenfeststellung des Berufungsgerichts, daß der Geschäftsführer der VMT-Gesellschaften bei der Abtretung der Klageforderung den Beklagten schädigen wollte, ist ebenfalls revisionsrechtlich nicht zu beanstanden. Die dagegen erhobenen Verfahrensrügen der Revision hat der Senat geprüft, aber nicht für durchgreifend erachtet (§ 565 a ZPO).

Krohn

Kröner

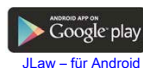
Halstenberg

Werp

Rinne



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
([mobile App](#))



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)